

Newroz 2021:

Für Bürgerrechte - gegen Ausgrenzung und Kriminalisierung

Kundgebung

Saarbrücken, Tbilisser Platz
Samstag 20. März, 18.30 Uhr.



www.a3wsaar.de



www.asyl-saar.de



www.kgz-saar.de

Wegen der Corona-Pandemie sind das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes und die Beachtung der notwendigen Abstandsregeln für alle verpflichtend.

Für Bürgerrechte – gegen Ausgrenzung und Kriminalisierung

Das kurdische Neujahrsfest Newroz (21. März) hat für Kurdinnen und Kurden weltweit eine große Bedeutung. Wie kein anderes Fest gilt es als Symbol für Widerstand und Freiheit. Deshalb rufen die Aktion 3.Welt Saar, der Saarländische Flüchtlingsrat und das Kurdische Gesellschaftszentrum Saarbrücken zur Teilnahme an der diesjährigen Newroz-Kundgebung in Saarbrücken auf. Lasst uns zusammen an diesem Tag ein starkes Zeichen der Solidarität setzen, für Bürgerrechte und gegen Ausgrenzung.

Seit 27 Jahren schränkt das Betätigungsverbot der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Deutschland elementare Rechte der Kurdinnen und Kurden ein und kriminalisiert Aktivitäten, die ein fester Bestandteil der demokratischen Kultur und Meinungsbildung sind, wie die Teilnahme an Demonstrationen oder das Sammeln von Unterschriften.

Seit 27 Jahren wird von den Staatsschutz-Behörden das Bild „gefährlicher Menschen“ gezeichnet mit ernsthaften persönlichen Konsequenzen für die Betroffenen: Bspitzelungen bis in den privaten Bereich durch den Verfassungsschutz, Ablehnung der Einbürgerung oder der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörden, polizeiliche Drangsalierungen mit einer Vielzahl von Ermittlungsverfahren - auch gegen Mitglieder unserer Organisationen - bis hin zu Verhaftungen und Gefängnisstrafen.

Seit 27 Jahren bemüht sich die kurdische Bewegung in der Türkei um Friedensverhandlungen. Doch Mitte 2015 wurden Verhandlungen zwischen der PKK und dem türkischen Staat einseitig von Erdogan abgebrochen. Krieg und Unterdrückung in den kurdischen Gebieten gingen weiter. Als die PKK und ihre syrischen Schwesterorganisationen YPG/YPJ Zehntausende von Jeziden im August 2014 aus dem Şingal-Gebirge retteten und Kobâne (Februar 2015) und Raqqa (Oktober 2017) vom Terror des Islamischen Staates (IS) befreiten, gab es hierzulande in Medien und Politik Diskussionen über eine Neubewertung der PKK. Denn es war evident: Der kurdische Widerstand verteidigte Demokratie, Frauenrechte und Säkularismus. Vergessen wir nicht, Nelson Mandela und der ANC galten in Südafrika ebenfalls jahrzehntelang als "Terroristen".

Die Türkei und Syrien sind nicht weit weg. Sie sind es schon deswegen nicht, weil in Deutschland Millionen Menschen türkischer, kurdischer und arabischer Herkunft leben. Was sich heute in diesen Ländern ereignet, hat Rückwirkungen in die Verhältnisse hier. Und was im Kampf um Demokratie und Menschenrechte dort verloren wird, wird in letzter Konsequenz auch hier verloren.

Deutschland ist nicht neutral. Deutsche Firmen wie BASF, Siemens, Bayer oder Bosch agieren auf dem türkischen Markt. Deutsche Rüstungskonzerne wie Rheinmetall oder ThyssenKrupp füttern die türkische Kriegspolitik gegen die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien, im Nordirak und im Südosten der Türkei. Und mit dem EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 wurde Erdogan zu dem Schlüsselpartner der Berliner Koalition und der EU, um Geflüchtete von Europa fernzuhalten. Demokratie und Freiheit wird es nicht mit Erdogan und seinen islamistischen Komplizen geben, sondern nur gegen sie.

**Deswegen: Bürgerrechte für Kurdinnen und Kurden -
Für eine offene und plurale Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt und
niemanden zurücklässt.**